

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Entwurf des Jugendschutzgesetzes, der heute verabschiedet wurde, ist wieder einmal eine in aller Eile zusammengeflückte und entsprechend unzulängliche Gesetzgebungsinitiative der Bundesregierung. Angekündigt bereits zu Beginn der Amtszeit von Rot-Grün vor vier Jahren, geschah lange Zeit gar nichts, bis der Amoklauf von Erfurt die Bundesregierung zur Aktion zwang.

Im Schweinsgalopp wurde der Entwurf der Bundesregierung jetzt über die parlamentarischen Hürden gepeitscht. In einem ordentlichen Beratungsverfahren wäre die Chance groß gewesen, dass sich die Unionsfraktion durch das Ausräumen zentraler Kritikpunkte zur Zustimmung bei dem wichtigen Anliegen der wirkungsvollen Verbesserung des Jugendschutzes hätte durchringen können.

So bleiben im Wesentlichen drei Punkte, die uns zur Enthaltung zwingen. (siehe dazu Seite 2)

Es bleibt leider festzuhalten, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen die Chance vertan haben, das Jugendschutzgesetz umfassend und in geeigneter Weise zu reformieren, weil sie sich zu wenig Zeit genommen haben, um gründlich arbeiten zu können.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Kritik am Entwurf des Jugendschutzgesetzes, die zur Enthaltung zwingt ...S.2
- Die politische Lage in Deutschland ...S.2
- Autobranche in der Krise ...S.4
- Versorgungs-Affäre in Potsdam ...S.4
- Krise in der Baubranche spitzt sich zu ...S.5
- Krankenkassen in der Krise ...S.5
- Öffentlichkeitsarbeit in der Vorwahlzeit ...S.6
- Eichels Chaos bei Steuergesetzen ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Kritik am Entwurf des Jugendschutzgesetzes, die zur Enthaltung zwingt



►► Es stellen sich zum einen erhebliche Zweifel, ob durch die Einrichtung einer sogenannten „erziehungsbeauftragten Person“ eine Stärkung des Jugendschutzes erreicht wird. In der Realität ergeben sich dadurch wohl mehr Anreize zum Mißbrauch sowie rechtliche Probleme.

Mit der Einführung des „parental guide“ im Jugendschutzgesetz wird zwar die Entscheidungsfreiheit der Eltern gestärkt, die Auswahl der Bereiche, in denen dies zugelassen wird, ist jedoch völlig willkürlich und sachlich nicht nachvollziehbar. Wie will die Bundesregierung den Eltern erklären, weshalb sie als Erziehungsberechtigte beim Gang ins Kino selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind mitnehmen, beim Alkohol- und Nikotinkonsum sowie bei der Werbung hierfür der Gesetzgeber jedoch keinerlei Spielraum lässt? Das passt nicht zusammen.

Die im Gesetz vorgesehenen Werberestriktionen für Kinos sind in diesem Ausmaß in der Fachliteratur umstritten und stellen zumindest für kleine und mittlere Kinos im ländlichen Raum eine Existenzgefährdung dar. ◀◀

Die politische Lage in Deutschland

►► | „**Die Arbeitslosigkeit hat sich im Mai außergewöhnlich ungünstig entwickelt**“ (Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit) - Der Mai-Trend ist besorgniserregend:

- **Saisonbereinigt** stieg die Arbeitslosenzahl um 60.000 wieder auf über 4 Millionen. Das ist der höchste Wert seit November 1999.
- **In Ostdeutschland** müssen wir den höchsten Maiwert überhaupt seit der Wiedervereinigung konstatieren.

- **Die Jugendarbeitslosigkeit** ist gegenüber dem Vorjahr um 15,6 % gestiegen, mehr als doppelt so stark wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum Mai 1998 sind trotz demographischer Entlastung 18.000 mehr Jugendliche ohne Arbeit. Wo sind die Milliarden geblieben, die Jahr für Jahr in das JUMP-Programm gesteckt wurden?



Die BA konstatiert weiter: **„Am Arbeitsmarkt ist die Talsohle noch nicht erreicht.“** Das heißt: Es wird noch schlimmer. Die Gerster-Behörde nennt auch den Grund:

„Das wirtschaftliche Wachstum liegt noch weit unter der Schwelle, ab der mit Beschäftigungsanstiegen zu rechnen wäre.“ (Quelle der Zitate: Presse-Information der Bundesanstalt für Arbeit 7.6.2002)



Ingrid Fischbach während der Fraktionssitzung mit Fraktionschef Friedrich Merz

Offener Dissens im Regierungslager ist die Folge: MP Gabriel verlangt einen flexibleren Kündigungsschutz – die SPD-Bundespartei und die Gewerkschaften sind dagegen.

BA-Chef Gerster hält die Arbeit für zu teuer – die SPD wirft der CDU für die gleiche Analyse den Abbau des Sozialstaates vor. Der Kanzler verurteilt die Senkung der Staatsquote, sein Wirtschaftsminister erklärt dieses Ziel hingegen erneut für **„grundsätzlich richtig“** (Interview im Stern, 6.6.2002).



Spruch der Woche

"Arbeitslosigkeit hat mit Globalisierung nichts zu tun. Sie ist vollständig haugemacht."

Helmut Schmidt,
Exbundeskanzler SPD

Der DGB setzt die SPD unter Druck: Der Spitzensteuersatz dürfe nicht weiter gesenkt werden; der Mittelstand jammere zu Unrecht. <<<



Autobranche in der Krise

▶▶ Berechnungen des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) ergeben ein düsteres Bild für Deutschlands Industriezweig Nr. 1. Im Mai brach die Pkw-Produktion im Vergleich zum Vorjahr um rund 16% ein. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres blieb die Produktion nach Mitteilung des VDA um 11% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. (Quelle: dpa-Meldung 11.6.2002) Die Zulassung von Neuwagen sank im Mai um 14% gegenüber dem Vorjahreswert. (Quelle: AFP-Meldung 11.6.2002) <<<

Versorgungs-Affäre in Potsdam

▶▶ Als der Grüne Staatssekretär Gerd Harms 1998 Potsdam verließ, um als Minister in Sachsen-Anhalt anzuheuern, ließ er sich von Ministerpräsident Manfred Stolpe persönlich die Zusage geben, jederzeit wieder in den Dienst Brandenburgs eintreten zu können – mit entsprechenden Bezügen. Nach der Abwahl der Höppner-Regierung klopfte Harms dann auch wieder in Potsdam an.

Da es keinen angemessenen Posten für ihn gab, griff man in die Trickkiste: Der 49jährige Harms wurde für eine juristische Sekunde als Staatssekretär eingestellt und postwendend pensioniert, was ihm entsprechende Ruhebezüge ohne weitere Gegenleistungen sichern sollte.

Jetzt rudert Stolpe zurück: Man werde eine „Verwendung“ für ihn finden. (Quelle: Der Tagesspiegel 5.6.2002, Bild 7.6.2002) <<<

Krise in der Baubranche spitzt sich zu



▶▶▶ Dazu nur einige aussagekräftige Zahlen:

- Umsatzrückgang um 8,3% in der Bauhauptbranche im ersten Quartal 2002.
- Personalabbau bei Baubetrieben um fast 10%.
- Insolvenzwelle: 25% mehr Pleiten als im Vorjahr werden für 2002 erwartet.
- Aufträge beim Wohnungsbau in Ostdeutschland brechen um 25% ein.

(Quelle: ddp-Meldung 5.6.2002) ◀◀

Krankenkassen in der Krise

▶▶▶ Die Lage gleicht der des letzten Frühlings. Erneut ist ein strukturelles Defizit entstanden, das dem des Vorjahresquartals beinahe auf das Komma genau entspricht - mit dem Unterschied, dass die Beitragszahler in den letzten zwölf Monaten um 4 Milliarden Euro ärmer geworden sind:

- Fehlbetrag im ersten Quartal 2001: 1,1 Mrd. Euro – Fehlbetrag im ersten Quartal 2002: 1,06 Mrd. Euro
(0,86 Mrd. Euro plus 0,2 Mrd. Euro, die die Pharmaunternehmen dem Bund beim sogenannten „Ablasshandel“ für den Verzicht auf ein Preissenkungsgesetz gezahlt haben).
- Beitragssteigerung von durchschnittlich 13,5% in 2001 auf rund 14% in diesem Jahr, das entspricht ca. 4 Mrd. Euro.
- Die Folge: Inzwischen verlassen die Menschen in Scharen die Gesetzlichen Krankenkassen. 213.000 freiwillig Versicherte wechselten 2001 zu den günstigeren Privaten; in diesem Jahr vollzogen allein im ersten Quartal 106.000 den Wechsel (Bild/Tagesspiegel 6.6.2002). ◀◀



Wußten Sie schon,

... dass Deutsche beim Sommerurlaub sparen?
Eine Forsa-Umfrage ergibt, dass ein Drittel der Deutschen in diesem Sommer keine Urlaubsreise plant. Nur 62% der Befragten gaben an, in den Sommerferien verreisen zu wollen. Im letzten Jahr waren es noch 77%. Das sind 12 Millionen mehr, die fürchten, sich eine Urlaubsreise nicht leisten zu können.

Öffentlichkeitsarbeit in der Vorwahlzeit



►► Wir wollen uns über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in der Vorwahlzeit informieren.

In einer kleinen Anfrage erkundigen wir uns unter anderem über mögliche Mehrausgaben für Maßnahmen und Projekte und deren Finanzierungsquellen, ihren Umfang und Art der einzelnen Projekte.

Auch wollen wir über die Zusammenarbeit des Bundespresseamtes mit dem Bundeskanzler und weiteren Bundesinstitutionen informiert werden.

Außerdem soll die Regierung Auskunft geben, ob bei einem möglichen "Tag der offenen Tür" Mitglieder des Bundestags einbezogen werden sollen und welche Zusammenarbeit mit Meinungsforschungsinstituten geplant ist. ◀◀

Eichels Chaos bei Steuergesetzen

►► Steuergesetze werden nach Aussage der Bundessteuerberaterkammer immer häufiger und bereits kurz nach ihrer Verabschiedung wieder geändert.

Das führe zu erheblicher Rechtsunsicherheit, klagte der Vizepräsident der Organisation, Hans Günter Senger, am Montag bei der 65. Kammerversammlung.

So sei in den Jahren 2000 und 2001 das Einkommensteuergesetz als wichtigstes Steuergesetz 20 mal geändert worden. „Steuergesetze werden immer öfter zu Wegwerfgesetzen“, sagte Senger.

„Bevor die letzte Fassung ordnungsgemäß im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, werden die Gesetze schon wieder geändert.“ ◀◀



... das Allerletzte!

„Das letzte Aufgebot“:
So nennt *Der Spiegel* (Nr. 24/2002) die Unterstützergruppe „Senioren für Schröder“. Dieses Bild bedarf keiner weiteren Kommentierung.